

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Europa von Maastricht bis zum Brexit

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](https://www.school-scout.de)



Einig und zerrissen – Europa von Maastricht bis zum Brexit

Ein Beitrag von Henning Aabel



Das Ende des Kalten Krieges gab der europäischen Einigung neuen Schub. Aus der EG wurde 1992 die EU, aus zwölf wurden bis zum Jahr 2013 28 Mitgliedstaaten. Mit dem Scheitern des Verfassungsvertrags 2005 taten sich erste Risse im „europäischen Projekt“ auf, die mit der Euro-Schuldenkrise (ab 2010) und der „Flüchtlingskrise“ (2015) zu Gabeln wurden. Die Unterwanderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die Visegrad-Staaten wie Polen und Ungarn praktizieren, eröffnete ein zusätzliches Problemfeld. Mit Großbritannien sagte 2020 erstmals ein EU-Mitglied Lebenszeit. Spätestens dieser sogenannte „Brexit“ machte klar, dass es einen Grundsturzkonflikt über Ausrichtung, Reichweite und Zukunft der Union gibt. Die vorliegenden Unterrichtsmaterialien zeichnen die Entwicklung der EU nach und unterstützen Lernende dabei, sich eine eigene, begründete Meinung zu bilden.

RAABE
LEHRMATERIALIEN

Einig und zerrissen – Europa von Maastricht bis zum Brexit

Ein Beitrag von Henning Aubel



© altmodern/E+/Getty Images

Das Ende des Kalten Krieges gab der europäischen Einigung neuen Schub. Aus der EG wurde 1992 die EU, aus zwölf wurden bis zum Jahr 2013 28 Mitgliedsstaaten. Mit dem Scheitern des Verfassungsvertrags 2005 taten sich erste Risse im „europäischen Projekt“ auf, die mit der Euro-Schuldenkrise (ab 2010) und der „Flüchtlingskrise“ (2015) zu Gräben wurden. Die Unterwanderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die Visegrád-Staaten wie Polen und Ungarn praktizieren, eröffnete ein zusätzliches Problemfeld. Mit Großbritannien sagte 2020 erstmals ein EU-Mitglied Lebewohl. Spätestens dieser sogenannte „Brexit“ machte klar, dass es einen Grundsatzkonflikt über Ausrichtung, Reichweite und Zukunft der Union gibt. Die vorliegenden Unterrichtsmaterialien zeichnen die Entwicklung der EU nach und unterstützen Lernende dabei, sich eine eigene, begründete Meinung zu bilden.

Einig und zerrissen – Europa von Maastricht bis zum Brexit

Ein Beitrag von Henning Aabel

Fachwissenschaftlicher Teil	1
EU: Integration, Erweiterung, Herausforderungen	1
Euro-Schuldenkrise	2
Migration und Flüchtlinge	3
Brexit	4
Didaktisch-methodische Hinweise	5
Literatur und Medien	6
Materialien und Arbeitsaufträge	8
Die EU: Integration, Erweiterung, Herausforderungen	8
Die Euro-Schuldenkrise	32
Migration und Flüchtlinge	40
Der Brexit	54
Klausurvorschlag	57
Lösungsvorschläge	60

Die Schülerinnen und Schüler lernen:

Die Schülerinnen und Schüler lernen, Quellen sachgerecht zu analysieren und historisch einzuordnen (Sachkompetenz). Gleichzeitig üben sich die Lernenden im Umgang mit Kartenmaterial, Tabellen und Grafiken (Methodenkompetenz), welche sie auswerten und in Zusammenhang mit den Texten setzen. Ergänzend gestalten sie eigene Schaubilder. Karikaturen sowie Audio- und Videosequenzen stellen eine weitere Quellengattung dar, deren Analyse geübt wird. Ein anderer Schwerpunkt liegt in der Diskussion und der Formulierung eigener Stellungnahmen, gerade im Hinblick auf aktuelle Bezüge (Reflexions- und Orientierungskompetenz). Die Lernenden erarbeiten sich eine eigene Meinung zum Thema „EU“, in dem sie alle Seiten betrachten, abwägen und reflektieren.

Überblick:

Legende der Abkürzungen:

DA Datenauswertung **K** Karikaturenanalyse **KA** Kartenarbeit
Q Quiz **QA** Quellenarbeit **TA** Textarbeit
V/A Video- oder Audioanalyse

Thema	Material	Methode
Die EU: Integration, Erweiterung, Herausforderungen	M 1–M 6	DA, K, KA, Q, QA, TA, V/A
Die Euro-Schuldenkrise	M 7–M 8	DA, K, QA, TA, V/A
Migration und Flüchtlinge	M 9–M 10	DA, K, KA, QA, TA, V/A
Der Brexit	M 11	K, TA, V/A
Klausurvorschlag	M 12	KA, Q

Fachwissenschaftliche Hinweise

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die deutsche Wiedervereinigung (1989–1991) gaben der europäischen Einigung neuen Schub – besonders bemerkbar durch die Erweiterung der nun zur Europäischen Union (EU) gewachsenen Gemeinschaft von zwölf auf 28 Mitglieder (bis 2013) und die Gemeinschaftswährung Euro (Bargeld ab 2002). Mit dem Scheitern des Verfassungsvertrags (2005) taten sich Risse im „europäischen Projekt“ auf, die mit der Euro-Schuldenkrise (ab 2010) und der „Flüchtlingskrise“ (2015) zu Gräben wurden. Mit dem Vereinigten Königreich sagte 2020 erstmals ein EU-Mitglied Lebewohl. Spätestens dieser sogenannte „Brexit“ machte klar, dass es einen Grundsatzkonflikt über Ausrichtung, Reichweite und Zukunft der Union gibt.

EU: Integration, Erweiterung, Herausforderungen

Den Startschuss für eine Vertiefung der EG über Wirtschaft und Handel hinaus gab bereits die Einheitliche Europäische Akte (1986). Der Maastrichter Vertrag (1992) machte aus der Gemeinschaft eine Union, die nun auf drei Pfeilern ruhte, und ließ auch die seit langem geplante Währungsunion konkret werden; sie wurde 1999–2002 stufenweise verwirklicht. Die neue Unionsbürgerschaft brachte mit der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarkts der Bevölkerung und der Wirtschaft fast grenzenlose Freiheiten, an denen auch Staaten, die wie Norwegen nicht der EU beitraten, teilhatten. Parallel dazu wurden die Mitwirkungsrechte des Europaparlaments in weiteren Verträgen kontinuierlich gestärkt (Amsterdam, Nizza, Lissabon). Außerdem erhöhte sich die Zahl der Bereiche, die unter das Gemeinschaftsrecht fallen.

Die EU präsentierte sich als Klub von privilegierten Gleichgesinnten, der mit der Auflösung der politischen Blöcke auch für Staaten jenseits des nun zerrissenen Eisernen Vorhangs attraktiv war (M 1, M 3). Die Mitgliedschaft wurde jedoch mit den Kopenhagener Kriterien an klare und harte Bedingungen geknüpft, die zu erfüllen die politisch instabilen und wirtschaftlich rückständigen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten vor große Herausforderungen stellte. So kam 1995 zunächst nur eine „kleine“ Erweiterung um Finnland, Schweden und Österreich zustande, also Staaten, die den „Altmitgliedern“ ähnlich waren. Die „armen Verwandten“, die ehemals kommunistischen Staaten, blieben vorerst außen vor, bis sie im Rahmen der „großen“ Erweiterung 2004 zusammen mit Malta und Zypern in die „europäische Familie“ aufgenommen wurden. Finanzhilfen der EU unterstützten den wirtschaftlichen Aufholprozess, doch blieben die Unterschiede zwischen West und Ost groß. Es kamen sogar neue Ungleichheiten hinzu (M 4). Angesichts der langen Wartezeit machte sich unter den „neuen“ Unionsbürgern Ernüchterung breit. Das Bild der EU in der Bevölkerung blieb zwar mehrheitlich positiv,

nirgends überwiegt heute ein negatives Urteil. Das Meinungsspektrum ist jedoch breit. Die wirtschaftlichen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft stehen bei der Bewertung durch die EU-Bürger im Vordergrund, höchste Wertschätzung genießen allerdings der Schutz der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit (M 2).

Die institutionellen Anpassungen der stark gewachsenen Gemeinschaft, darunter die Stimmengewichtung im Ministerrat, die Besetzung der Kommission, die Zahl der Abgeordneten im Europaparlament und die Schaffung weiterer Institutionen, gestalteten sich mühsam, weil die Mitgliedsstaaten, je mehr die Vergemeinschaftung voranschritt, umso stärker darauf achteten, dass ihre (intergouvernementalen) Kompetenzen gewahrt bzw. beachtet wurden. Blieben die Briten und Dänen der Währungsunion von vornherein fern oder nahmen Ausnahmeregelungen in den Bereichen Inneres, Justiz, Soziales bzw. Verteidigung in Anspruch (*Opt-out*), stellte sich in der EU-28 verstärkt die Frage nach einer differenzierten Integration in Sachen vertiefter Zusammenarbeit. Polen etwa wehrte sich gegen eine vermeintliche Benachteiligung in einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ (siehe M 3), pochte andererseits bei „Justizreformen“ aber auf seine nationale Souveränität, der sogar das Europarecht untergeordnet wurde (M 6). Zusammen mit drei Nachbarstaaten entfernte sich das Land immer weiter von grundlegenden Vertragsprinzipien. Das Aufkommen populistischer Kräfte in vielen EU-Staaten sowie die Unterhöhnung von Rechtsstaat und Demokratie durch Parteien, Interessengruppen oder Korruption (M 5) verschärften politische Konflikte, im Inneren wie in Rumänien oder, wie im Fall Polen, mit der EU. Beides förderte die „Euro-Skepsis“ und belastete den Zusammenhalt in der EU.

Euro-Schuldenkrise

Eine Bewährung für die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) stellte die Euro-Schuldenkrise dar. Gleichzeitig legte sie in aller Schärfe deren Schwachstellen bloß: Eine Währungsunion mit gemeinsamer Geldpolitik, aber ohne eine gemeinsame Finanzpolitik funktioniert nicht, zumindest nicht in einer Finanzkrise, wie sie 2008 von den USA auf Europa übergriff. Sie traf vor allem hochverschuldete südeuropäische Staaten sowie die vormals als „keltischer Tiger“ bewunderte Republik Irland.

Als größtes Sorgenkind entpuppte sich Griechenland mit seiner unsoliden Finanzpolitik und im Europavergleich wenig wettbewerbsfähigen Wirtschaft (M 7). Ein Staatsbankrott ließ sich nur mithilfe mehrerer Hilfspakete vermeiden. Streit innerhalb der EU über die gegenseitige Haftung (*Bail-out*) und wechselseitige Drohungen, auch mit einem Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone („Grexit“), belasteten das Klima. Der Preis für die „Rettung“ waren Finanz- und Strukturreformen, die der griechischen Bevölkerung große Härten auferlegten (M 8).

Andererseits zog die EU die Sicherungsschrauben der Währungsunion fester an und schuf für Krisenzeiten neue Finanzinstrumente wie den Europäischen Stabilitätsmecha-

nismus (ESM). Die Europäische Zentralbank (EZB) flankierte die finanzielle Konsolidierung und wirtschaftliche Erholung (M 7) mit einer lockeren Geldpolitik und Niedrigzinsen. So konnte der Euroraum zwar wieder internationales Vertrauen herstellen, doch blieben in der EU Verstimmungen zwischen Nord und Süd.

Migration und Flüchtlinge

Die nächste Krise für Europa kam wieder von außen, war jedoch nicht völlig frei von eigenem Verschulden: der zurückgefahrenen Hilfe für Syrer, die vor dem Krieg in ihrem Land in die Nachbarstaaten flohen. Die Flüchtlinge kamen dort in Lagern unter, konnten aber von den internationalen Hilfsorganisationen nicht mehr ausreichend versorgt werden. Daneben erhöhte sich der Migrationsdruck aus anderen Regionen des seit dem Arabischen Frühling (2011) politisch erschütterten Nahen Ostens, aus Afghanistan sowie aus Ost- und Westafrika, wo prekäre wirtschaftliche und unsichere politische Verhältnisse Menschen zum Auswandern trieben. Dabei nahmen sie die Dienste von Schleusern in Anspruch, die sie auf seeuntauglichen Booten und Schiffen übers Mittelmeer brachten, wobei es zu vielen Havarien mit Toten kam. Die seit mehr als einem Jahrzehnt anhaltende Migration in die südeuropäischen EU-Staaten schwoll 2015 zu einer „Welle“ an, die vor allem Griechenland überrollte (M 9).

Eine derartig große Herausforderung konnte mit den Mitteln der gemeinsamen Asylpolitik gemäß den Dublin-Verordnungen der EU (2003/13) nicht bewältigt werden. Die Folge war, dass Migrantinnen und Migranten unkontrolliert auf der sogenannten „Westbalkanroute“ Richtung Mittel- und Nordeuropa weiterzogen. Die „Transitstaaten“, von Mazedonien bis Ungarn, waren überfordert und versuchten, den „Flüchtlingsstrom“ mithilfe von Grenzzäunen und Einreisekontrollen umzulenken, was die Lage verschärfte und den Druck auf die Hauptzielländer, darunter Deutschland und Schweden, erhöhte. Die deutsche Regierung setzte angesichts einer humanitären Notlage in Ungarn das von ihr lange verteidigte Dublin-System außer Kraft. Die Suche nach pragmatischen Lösungen begann. Zunächst wurden im eigentlich „grenzenlosen“ Schengen-Raum temporäre Grenzkontrollen eingerichtet, die sich allerdings zur Dauereinrichtung entwickelten. Bemühungen, die Migrantinnen und Migranten in der EU auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen, blieben ohne Erfolg; es gab lediglich vorübergehende, freiwillige Absprachen. Vereinbarungen mit der Türkei (M 9), über die die meisten Migrantinnen und Migranten EU-Territorium erreichten, dienten dazu, die Kontrolle über die „illegale Migration“ wiederzuerlangen. Sie machten die Lösung des „Flüchtlingsproblems“ jedoch vom *Goodwill* eines Nicht-EU-Staates abhängig.

Statt einer zügigen Neuansiedlung „Schutzbedürftiger“ verschärfte sich die Lage in den von der EU eingerichteten Hotspots, besonders auf der griechischen Insel Lesbos, wo Tausende auf Asylverfahren warteten und unter unzumutbaren Umständen im überfüll-

ten Lager Moria lebten (M 9). Die mit der Türkei vereinbarte „geordnete Rückführung“ nicht anerkannter Asylsuchenden blieb ein Rinnsal.

Da auch nach 2015 die Migration übers Mittelmeer wenngleich zurückging, aber nicht abbrach (M 10), stellte sich die Frage nach einer adäquaten Reaktion seitens der Schengen-Staaten bzw. der EU. Die von Italien initiierte EU-Seenotrettungsmission „Sophia“ wurde 2019 ausgesetzt, die Initiative ging auf Nichtregierungsorganisationen über. Diesen wurden mit Verboten, europäische Mittelmeerhäfen anzulaufen, Steine in den Weg gelegt, auch damit begründet, dass Seenotrettung Migrantinnen und Migranten zur riskanten Überfahrt veranlasse bzw. das Geschäft der Schleuser betreibe. Eine Reihe von EU-Staaten, besonders an den Außengrenzen des Schengen-Raums, befestigte ihre Grenzen und wies Geflüchtete auch mit Gewalt zurück.

Brexit

Der Austritt Großbritanniens aus der EU (M 11) war ein „Betriebsunfall“, mit dem niemand ernsthaft gerechnet hatte, obwohl seit dem Lissaboner Vertrag (2007) die Möglichkeit von Austritten bestand. Die Mitgliedschaft des Vereinigte Königreichs war von Anfang an von zahlreichen Ausnahmen und Sonderbedingungen geprägt, hatte es sich sogar teilweise aus dem „europäischen Projekt“ ausgeklinkt. Mit der Absicht, die Konservative Partei innerparteilich zu befrieden, verkalkulierte sich Premierminister David Cameron jedoch – die Briten sprachen sich 2016 in einer Volksabstimmung mit einer knappen Mehrheit für einen „Brexit“ aus. Die Gründe waren vielfältig. Doch zeigte das Referendum eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit einem Europa, in dem sich viele Briten offenbar nie heimisch gefühlt hatten.

Camerons Nachfolgerin Theresa May sah im Volkswillen eine Verpflichtung („*Brexit means Brexit*“). Die Labour-Opposition arrangierte sich. May begab sich in Verhandlungen mit der EU über die Modalitäten des britischen Austritts und die Gestaltung der künftigen bilateralen Beziehungen. Vorgezogene Wahlen 2017 verkomplizierten die Lage, weil die Tories die absolute Mehrheit der Unterhaussitze verloren. Mehrmals versagte das Parlament der Premierministerin in Sachen Austrittsabkommen die Gefolgschaft. Strittig war insbesondere die Behandlung Nordirlands: Seit dem Friedensabkommen 1998 zwischen den Konfessionen waren die Grenzen zur Republik Irland immer durchlässiger geworden. Wenn Großbritannien nun die EU verlasse, würde dort eine „harte“ EU-Außengrenze verlaufen. Die „Brexiteers“ (Klausurvorschlag) wandten sich vehement gegen einen Verbleib Nordirlands, gar Großbritanniens in der europäischen Zollunion und im Binnenmarkt, bis eine Lösung für Nordirland gefunden war.

May gelang es nicht, das Problem zu lösen. Sie trat im Juni 2019 zurück. Der neue Tory-Vorsitzende und Premierminister Boris Johnson spielte auch mit der Möglichkeit eines „harten Brexit“ und scheute nicht vor verfassungsrechtlich fragwürdigen Methoden

zurück (z. B. der parlamentarischen Zwangspause). Nach mehreren Anläufen erreichte er vorgezogene Wahlen. Dort holten sich die Konservativen mit der Parole „*Get Brexit done!*“ die absolute Mehrheit im Unterhaus zurück. Dennoch rangen Briten und EU bis zur letzten Minute, bis das Austrittsabkommen unterzeichnet werden konnte.

Briten und EU reizten während der folgenden Übergangsphase ihre Positionen aus, bis ein Handels- und Kooperationsabkommen zustande kam. Es trat am 1. Januar 2021 vorläufig in Kraft. Weiterhin Probleme bereitet die Verwirklichung des Warenkontrollsystems zwischen den britischen Inseln und Nordirland.

Didaktisch-methodische Hinweise

Der Beitrag behandelt die Entwicklung der Europäischen Union (EU) im Spannungsfeld zwischen Integration und (Ost-)Erweiterung und die Herausforderung durch innere Konflikte sowie drei große Krisen (Euro-Schuldenkrise, „Flüchtlingskrise“, Brexit) und deren Folgen. Da die Entwicklung bis heute nicht abgeschlossen ist, ergeben sich für die Lerngruppe aufgrund von aktuellen Bezügen durchgehend Anlässe zur Diskussion. Ziel des Beitrags ist, die Schüler zu einem abgewogenen und begründeten Urteil über Möglichkeiten und Zwänge bei der Gestaltung einer bis heute einmaligen supranationalen Organisation wie der EU zu bewegen. Dabei sollen Erfolge und Misserfolge gleichermaßen in den Blick genommen werden. Auch soll die Lerngruppe Gelegenheit zur Beurteilung von historischen Chancen und Risiken erhalten.

M 1 (Text, Karte, Chronik) sowie in spielerischer Form ein Quiz („Von Maastricht nach Lissabon“, **M 3**) dienen als Übersicht und zum „Nachschlagen“. Auf **M 1a** („Die EU – ein Golfklub?“) beziehen sich auch Aufgaben zu anderen Materialien. In jedem Themenbereich werden die Lernenden zur eigenen Stellungnahme aufgefordert, dezidiert in Meinungsartikeln wie **M 6c** („Zur Diskussion gestellt – ruiniert Polen die EU?“). Die Interpretation von Tabellen (**M 2a**, **M 4b**, **M 7c**, **M 10a**), Grafiken und Karten (**M 2b**, **M 9b**, **M 9c**) sowie von Karikaturen (**M 6b**, **M 8b**, **M 10d**) ergänzt eingehende Textanalysen. Zum besseren Verständnis komplexer Inhalte und Zusammenhänge gestalten die Schülerinnen und Schüler auch selbst tabellarische Übersichten (**M 6**, **M 8**) und Schaubild (**M 5**, **M 7**).

Video- und Audiosequenzen machen das zuweilen abstrakte Thema „Europa“ anschaulich (**M 5b**, **M 8d**, **M 11b/c**) und geben ihm zusammen mit einem Erlebnisbericht („Albtraum für alle Griechen – ein Erlebnisbericht“, **M 8a**) sowie einer Familiengeschichte („Brexit – eine Generationenfrage?“, **M 11a**) eine persönliche Dimension. Über die Materialien in diesem Beitrag hinaus gibt es Arbeitsaufträge zur Internetrecherche (**M 6**, **M 11**).

Literatur und Medien

- ▶ Große-Hüttmann, Martin/Wehling, H.-G. (Hrsg.): Das Europalexikon. Begriffe. Namen. Institutionen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2013.
Das Europalexikon lichtet den Dschungel der seit fast 70 Jahren gewachsenen Europäischen Union mit ihren zahlreichen Institutionen, Politikbereichen und Verträgen in verständlichen Einträgen von A–Z, vielfach mit weiterführender Literatur und Internetlinks.
- ▶ Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2006.
In dieser brillant geschriebenen Gesamtdarstellung teilt der Autor die Geschichte Nachkriegseuropas (1945–2005) in vier große Zeitabschnitte. Sie vereinen Chronologie, nationale Entwicklungsstränge und übergreifende Aspekte, sodass Zusammenhänge, Hintergründe und politische Zwänge zutage treten.
- ▶ Leggewie, Claus/Karolewski, I. P.: Die Visegrád-Connection. Eine Herausforderung für Europa. Verlag Klaus Wagenbach. Berlin 2021.
Die beiden Politikwissenschaftler aus Deutschland und Polen nehmen sich auf teils provokante Art die vier mitteleuropäischen Staaten des Visegrád-Bündnisses vor und sezieren die Prozesse, die dort zur Unterhöhlung von Rechtsstaat und Demokratie führen.
- ▶ Meurs, Wim van u. a.: Die Unvollendete. Eine Geschichte der Europäischen Union. J. H. W. Dietz Nachf. Bonn 2018.
Die Autoren zeichnen die Phasen der europäischen Einigung mit ihrer Vielzahl von Initiativen und Kompromissen, aber auch Rückschritten und Krisen von den Anfängen bis heute nach. Sie analysieren Ereignisse systematisch und setzen sie jeweils in den historischen Kontext. Jedes Kapitel wird durch eine Karte und eine Chronik eingeleitet.
- ▶ Neue Zürcher Zeitung: Folio. Griechenland. Nr. 264. Juli 2013.
Die Monatsbeilage der NZZ widmet sich dem persönlichen und beruflichen Schicksal von Menschen in einem Griechenland, das von der Eurokrise schwer getroffen wird.
- ▶ Piepenschneider, Melanie u. a.: Europäische Union. Informationen zu politischer Bildung Nr. 345. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2020.
Die Publikationsreihe der BpB stellt die Europäische Union in ihren Grundzügen und historisch gewachsenen Wesensmerkmalen kompakt und verständlich dar.

Internetadressen

- ▶ <https://www.bpb.de/themen/europaeische-union/dossier-europaeische-union/>
Dossier Europäische Union der Bundeszentrale für politische Bildung
- ▶ <https://www.euractiv.com/>
Euractiv (Internet-Nachrichtenportal)
- ▶ <https://europarl.europa.eu>
Die Zukunft Europas. Spezial-Eurobarometer 500 – Erste Ergebnisse, 2020

[letzter Abruf jeweils 08.07.2022]

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Europa von Maastricht bis zum Brexit

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](https://www.school-scout.de)



Einig und zerrissen – Europa von Maastricht bis zum Brexit

Ein Beitrag von Henning Aabel



Das Ende des Kalten Krieges gab der europäischen Einigung neuen Schub. Aus der EG wurde 1992 die EU, aus zwölf wurden bis zum Jahr 2013 28 Mitgliedstaaten. Mit dem Scheitern des Verfassungsvertrags 2005 taten sich erste Risse im „europäischen Projekt“ auf, die mit der Euro-Schuldenkrise (ab 2010) und der „Flüchtlingskrise“ (2015) zu Gabeln wurden. Die Unterwanderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, die Visegrad-Staaten wie Polen und Ungarn praktizieren, eröffnete ein zusätzliches Problemfeld. Mit Großbritannien sagte 2020 erstmals ein EU-Mitglied Lebewohl. Spätestens dieser sogenannte „Brexit“ machte klar, dass es einen Grundsturzkonflikt über Ausrichtung, Reichweite und Zukunft der Union gibt. Die vorliegenden Unterrichtsmaterialien zeichnen die Entwicklung der EU nach und unterstützen Lernende dabei, sich eine eigene, begründete Meinung zu bilden.

RAABE
LEHRMATERIALIEN